

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Verkaufspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 Pfennig, im Monat, bei Zustellung durch die Posten 2,30 Pfennig, bei Vorbestellung 2 Pfennig. Zugänglich Abträge 10 Pfennig. Alle Postanfragen werden nach Möglichkeit beantwortet. Einzelnummern werden zu jeder Zeit bezogen. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Anzeigenpreis: die 8-spaltige Raumzeile 20 Pfennig, die 4-spaltige Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 45 Pfennig, die 3-spaltige Raumzeile im täglichen Teile 1 Reichsmark. Nachverrechnungsgeld für Reichspostamt, Post- und Vorkosten. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rostitz behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 133 — 90. Jahrgang Telegr.-Adr.: „Wilsblatt“ Wilsdruff-Dresden Postfach: Dresden 2640 Donnerstag, den 11. Juni 1931

Untragbarkeiten.

Man hat sich in Deutschland gar nicht übermäßig aufgeregt, wenn — und das ist noch nicht allzu lange her, es wiederholt sich auch immer noch von Zeit zu Zeit — in Frankreich „höchste“, ja „allerhöchste“ Persönlichkeiten wie etwa der jetzige Präsident Doumergue, Herr Poincaré, Herr Maginot, derzeitiger Kriegsminister, oder andere vor enthielten Kriegsdenkmalen ihre bekannten, immer auf den gleichen antideutschen Ton gestimmten „Sonntagsreden“ hielten. War es unbeschwerlich, für uns ein ähnliches, allerdings sehr viel gemäßigter ausgeübtes Recht zu verlangen? Ein Protest gegen die Lüge von der deutschen Schuld am Kriege, gegen die Vergewaltigung in Versailles oder, wie vor kurzem auf dem Stahlhelmtag in Breslau, gegen die Fortsetzung dieser antideutschen, selbst vom Völkerverbund als solcher verurteilten Gewaltpolitik in Polen? Deutschland hat auch vor dem Kriege nie offiziellen Protest dagegen erhoben, daß man in Paris von 1871 bis 1914 die Statue der Stadt Straßburg mit einem Trauerflor umhüllte und alljährlich entsprechende Feiern vor ihr abhielt mit den Reden des „Nie-Vergessenen“. Der französische Außenminister Briand hat sich in seiner langen Amtszeit von jenen „Sonntagsreden“ im allgemeinen ferngehalten. Aber womöglich noch „demonstrativer“ hat er sich nicht selten in der französischen Volksvertretung selbst bemüht gefühlt, gegen den „nationalistischen Geist“ in Deutschland loszuziehen. Sehr machte er es wieder und dieser zweifelloste kluge Politiker merkt gar nicht, daß er durch seine jedem diplomatischen Gebrauch widerprechende Einmischung in innerdeutsche politische Verhältnisse die Lage des Kabinetts Brünning nur erschwert. Wir Deutsche können ja nur dagegen protestieren, daß man in Frankreich die Schuld allein uns in die Schuhe dafür schieben will, wenn es mit der „friedlichen Regelung der Differenzen zwischen den beiden Ländern nicht vorwärts geht“. Denn schließlich ist die Genfer Konferenz noch sehr jungen Datums und das von den Franzosen besetzte Saargebiet liegt vor den Toren Deutschlands!

Und wenn nun Briand gar erklärt, der Young-Plan könne nicht abgeändert werden, weil er einen „endgültigen Charakter“ habe, so verleiht diese scharfe Formulierung gegen eine solche Revision nun erst recht, daß das Schicksal auch des Kabinetts Brünning selbst abhängt von einem Erfolg oder Misserfolg in der Revisionsfrage. Briand „möchte nicht“, daß das Kabinetts Brünning „durch Nationalisten erlegt werde“, aber — abgesehen auch hier wieder von dieser Einmischung in deutsche innenpolitische Verhältnisse — es kann doch dem französischen Außenminister nicht unbekannt sein, daß auch für die Notverordnung gerade die Frage der Young-Plan-Revision den Hintergrund abgibt.

Von allen Seiten her hat sich die Kritik einerseits natürlich der Opposition gegen die Notverordnung, dann aber andererseits auch der Regierungsparteien selbst gegen einzelne oder viele der dort enthaltenen Bestimmungen gewandt. Allerdings läßt sich selbst aus der Schärfe dieser Kritik heute noch nicht eine absolute Gewissheit dafür ableiten, daß es nun auch zu einem parlamentarischen Kampf um die Notverordnung, also zu der baldigen Einberufung des Reichstages kommt. Wesentlich hängt das natürlich von der Haltung der Sozialdemokratie ab, die durchaus nicht verhehlt, daß ihr besonders die Herabsetzung der sozialpolitischen Leistungen durch die Notverordnung überaus bedenklich erscheint. Wie weit Dr. Brüning etwaige Änderungen oder Milderungen, die von einzelnen Parteien vorgeschlagen werden, nun auch wirklich zulassen will und zulassen kann, wieweit andererseits einzelne Minister ihr Schicksal mit gewissen Bestimmungen der Notverordnung verknüpfen haben — das alles wird recht erheblich auch von der Stellung der großen Berufsverbände beeinflusst, auf deren Wünsche die Parteien Rücksicht nehmen müssen.

Entscheidend ist letzten Endes freilich dabei aber nun doch, was der Reichskanzler den Parteiführer über jenen Hintergrund, also die Anbahnung einer Revision des Young-Planes, auf Grund seiner Erfahrungen in Chequers mitteilt. Und von dem, was er den Parlamentariern sagen wird über die nächsten von ihm beabsichtigten Schritte und deren Aussichten. Vielleicht kann er damit allzu weit vorstößenden Änderungsansuchen an der Notverordnung mindestens insofern entgegenwirken, als sie nicht zur innenpolitischen Krise führen würden. Denn damit erhielte auch die deutsche Außenpolitik ein ganz anderes Gesicht. Aber auf der Gegenseite steht die Tatsache, daß die scharfe Kritik an dieser Verordnung immer neue Unzumutbarkeiten, Widersprüche, Untragbarkeiten enthüllt — und diese sollten abgeleitet werden können, weil selbst die Not nur das auf unsere Schuttern legen kann, was wir zu tragen vermögen.

Zusammenfluß der bürgerlichen Mitte.

Das sozialdemokratische Blatt „Der Abend“ berichtet über angebliche Verhandlungen, die zum Zusammenfluß der Volksparteien, der Staatspartei und der Deutschen Volkspartei führen sollen. Der Führer des Bundestages Reichsfinanzminister Dietrich. Wie die Nationalliberale Korrespondenz dazu mitteilt, ist der Deutschen Volkspartei von solchen Verhandlungen nichts bekannt.

Der Kampf um die Notverordnung. Noch keine Entscheidung über Reichstagsseinberufung.

Kanzler und Parteien.

Um die Abänderung der Notverordnung. Der Reichskanzler ist am Mittwochabend zusammen mit dem Reichsaußenminister von seiner Englandreise nach Berlin zurückgekehrt und steht nun vor der Notwendigkeit, den Kampf um seine Notverordnung mit den Parteien und Organisationen aufzunehmen. Er findet folgende Lage vor:

Zufrieden ist mit der Notverordnung niemand, seine Partei, seine Organisation, sein Reich, auch nicht die eigene Partei des Kanzlers, das Zentrum. Während die Oppositionsparteien Aufhebung der Notverordnung durch den Reichstag fordern, rufen die Regierungsparteien mehr oder weniger stark nach Abänderung. Daß eine Abänderung erfolgt, dürfte kaum mehr zweifelhaft sein, denn es ist nicht anzunehmen, daß es Brüning auf eine Kraftprobe ankommen lassen will. Die Frage ist nur: Soll der Kampf offen im Reichstage ausgetragen werden oder hinter verschlossenen Türen in Reichstagsausschüssen und im Sitzungszimmer des Kabinetts? Der Kanzler ist unbeding-

gegen die Einberufung

des Reichstages. Das geht auch unzweifelhaft aus der Haltung der führenden Zentrumspartei hervor, die sich beschwörend an die anderen Regierungsparteien wendet, doch ja nicht auf den Zusammenritt des Reichstages zu bestehen, und damit den Wünschen der Opposition nachzugeben. Aber die anderen Regierungsparteien haben, — obwohl ihnen der Gedanke der Reichstagsseinberufung nicht sonderlich sympatisch sein dürfte, — doch keine rechte Lust, sich ohne weiteres den Wünschen des Zentrums zu fügen. Sie sind bisher der Entscheidung der Frage ausgewichen. Deshalb ist auch

der Ältestenrat des Reichstages

in seiner Mittwoch Sitzung zu keinem Beschluß gekommen, als er sich mit den Anträgen der Opposition auf Einberufung des Reichstages beschäftigte. Die Entscheidung soll erst nächste Woche fallen.

Am schwierigsten ist die Lage für die Sozialdemokratie. Die Parteiführung würde sich ohne Zweifel gegen die Austragung des Kampfes im Reichstag aussprechen, wenn nicht aus den eigenen Reihen die Forderung käme, den Reichstag einzuberufen und die Notverordnung mit allen Mitteln zu bekämpfen. In diesem Sinne hat sich die SPD. in Frankfurt a. M. und die SPD. Ostfalens ausgesprochen. Der Vorstand der SPD.-Fraktion hat in einer Sitzung zunächst dringend eine Abänderung der Notverordnung verlangt, man will zunächst feststellen, ob diese Abänderung durch direkte Verhandlungen mit dem Kanzler erreicht werden kann. Dann erst will man weitere Schritte fassen.

Der Reichskanzler findet also allerhand Arbeit vor. Die Kabinettsitzungen haben sofort nach seiner Rückkehr aus England begonnen, und am Freitag will Brüning zum Reichspräsidenten nach Ostpreußen fahren, um ihm über die Lage Bericht zu erstatten.

Zwischenfall bei der Abfahrt des Reichskanzlers.

Als der Sonderzug, mit dem Reichskanzler Dr. Brüning und Reichsaußenminister Dr. Curtius an der Waghankastel des Norddeutschen Lloyd's in Bremerhaven vorbeifuhr, wurde von einer Gruppe Nationalsozialisten die Salontrennfahne gezeltet. Die Schutzpolizei schritt sofort gegen die Demonstranten ein. Der Redakteur der Sturmvoelle, Bruns, und drei andere Nationalsozialisten, die sich an der Demonstration beteiligt hatten, wurden dem Polizeigericht zugeführt.

Noch keine Entscheidung des Ältestenrats.

Aber die Sitzung des Ältestenrates des Reichstages wird noch bekannt: Der Ältestenrat des Reichstages hatte sich am Mittwochabend mit den Anträgen der Nationalsozialisten und der Kommunisten zu beschäftigen, wonach der Reichstag für den nächsten Dienstag einzuberufen werden sollte. Für diesen Antrag stimmte auch der Vertreter der Wirtschaftspartei, Abg. Kollath, während sich der Vertreter des Landvolkes der Stimme enthielt. Mit den Stimmen der übrigen Parteien wurden die Anträge gegen den entschiedenen Widerspruch der Abg. Stöhr (Nat.-Soz.) und Berndt (Dm.) abgelehnt. Auf Wunsch mehrerer Fraktionen wurde dann mit Rücksicht auf die bevorstehenden Fraktionssitzungen beschlossen, noch keine Entscheidung über eine frühere Einberufung des Reichstages zu fällen, sondern am Dienstag, den 16. Juni eine neue Sitzung des Ältestenrates zu diesem Zweck abzuhalten.

Ein neuer Überbrückungskredit des Reiches.

Die bereits seit längerer Zeit beabsichtigten Besprechungen des Reiches mit der Reichsbank zwecks Be-

schaffung eines Kredites zur Überbrückung der durch die in den ersten Monaten des Haushaltsjahres regelmäßig spärlicher eingehenden Einnahmen entstehenden Schwierigkeiten sind begonnen worden. Von Seiten des Reiches wird versucht, eine Summe von rund 250 Millionen Mark auf mehrere Monate zu erhalten.

Der Proteststurm gegen die Notverordnung.

Besprechungen der Reichsregierung. Das Reichskabinetts wird am Donnerstag zu einer Ministerbesprechung über die in Chequers geführte Aussprache zusammentreten. Es ist nicht ausgeschlossen, daß sich die Beratung auch auf die Proteste gegen den Inhalt der neuen Notverordnung erstreckt. Diese Proteste häufen sich von Tag zu Tag. So hat der Gesamtvorstand der

Wirtschaftspartei

einstimmig eine Entschließung angenommen, in der es u. a. heißt: Die Notverordnung hat das deutsche Volk bitter enttäuscht. Sie stellt im wesentlichen die Fortsetzung der bisherigen Politik mit Mitteln dar, die Reichskanzler und Reichsregierung selbst wiederholt als verfehlt, wirtschaftsfeindlich und als Ursache des deutschen Niederganges bezeichnet haben. Daher fordert die Wirtschaftspartei die sofortige Einberufung des Reichstages und die Aufhebung der Notverordnung und die sofortige Aufrollung des gesamten Reparationsproblems mit dem Ziele der Einstellung sämtlicher Tributleistungen.

Die Reichsführung des Christlich-Sozialen Volksdienstes

teilt mit, daß sie der Auffassung ist, daß die durch die Notverordnung dem deutschen Volke auferlegten neuen Lasten nur einseitigen tragbar sind, wenn die Reichsregierung unverzüglich die Revision der Tributzahlungen in Angriff nimmt. Der Volksdienst ist bereit, die unerlässliche Abstellung offensichtlicher Mängel der Notverordnung hinter diesen Gesichtspunkt zurückzustellen.

Die Reichstagsfraktion der Bayerischen Volkspartei

erhob in einer Fraktionssitzung gegen mehrere Bestimmungen der Notverordnung erhebliche Bedenken. Die Fraktion gab der Anschauung Ausdruck, daß durch Verhandlungen Änderungen herbeigeführt werden müßten. In den nächsten Tagen wird die Fraktion nochmals zusammentreten, um endgültige Stellung zu nehmen.

SPD. Ostfalens gegen die Notverordnung.

Der erweiterte Bezirksvorstand der ostfälischen SPD. billigte einstimmig die Zustimmung der ostfälischen Delegierten auf dem Leipziger Parteitag zur Entschließung Aufhäuser, ferner den Beschluß, daß die Fraktionen in allen Körperschaften einheitlich und geschlossen aufzutreten haben. Von den Abgeordneten des Bezirks erwartet der Bezirksvorstand, daß sie in der Reichstagsfraktion die neue Notverordnung energisch bekämpfen und wenn keine andere Möglichkeit bleibe, sei der Reichstag einzuberufen.

Dr. Brünnings Ankunft in Berlin.

Starke postzeitliche Kesperung. Aber die Ankunft von Dr. Brüning und Dr. Curtius in Berlin werden folgende Einzelheiten bekannt: Der Lloydsonderzug mit dem Reichskanzler Brüning und Reichsaußenminister Dr. Curtius lies auf dem Bahnhof Friedrichstraße ein. Zum Empfang hatten sich auf dem Bahnsteig eingeschunden: Reichsfinanzminister Dietrich, Reichsminister Treutmann, Staatssekretär Pänder, Staatssekretär von Bülow, Reichspressesekretär Dr. Zedlin sowie Frau Curtius. Außerdem waren anwesend der englische Botschafter Sir Horace Rumbold, der amerikanische Botschafter Gordon, der amerikanische Generalkonsul Wessersmit und andere Herren der amerikanischen Botschaft. Die Polizei hatte auf dem Bahnhof selbst nur geringfügige Abwehrmaßnahmen getroffen, dagegen war der Bahnhof in ziemlich weitem Umfange von der Polizei abgesperrt worden.

Als erster entstieg der Reichskanzler dem Zuge, der sofort vom Reichsfinanzminister Dietrich begrüßt wurde. Die Herren begaben sich zu den vor dem Bahnhof wartenden Automobilen. Beim Bestiegen der Kraftwagen wurden von dem mehrere hundert Köpfe starken Publikum Rufe „Deutschland erwache!“ laut. Die Polizei säuberte die Umgebung des Bahnhofes, ohne aber zu Gewaltanwendung gezwungen zu sein. Die Abfahrt der Minister vollzog sich dann in voller Ruhe.

Macdonald über Chequers.

Vorläufig keine Erörterung der Tribut- und Kriegsschuldenfrage.

Auf Verlangen äußerte der englische Ministerpräsident Macdonald im Unterhaus, er glaube nicht, daß unter den herrschenden Umständen eine Debatte über die gegenwärtige Lage hinsichtlich Reparationen und Kriegsschulden von Nutzen sein würde. Der Abgeordnete Wise bemerkte, daß das Unterhaus bisher noch keine Gelegenheit zu einer allgemeinen Erörterung der Reparationen oder der Kriegsschulden im Parlament erörtert worden sollte. Der Ministerpräsident antwortete: Ja, sobald die Zeit hierfür gekommen ist. Auf die Frage, ob er die Einberufung einer Konferenz der an internationaler Regelung interessierten Mächte zum Zweck einer gegenseitigen Streichung der Verpflichtung im größtmöglichen Ausmaß erwäge, sagte Macdonald, daß die Haltung Englands hinsichtlich der Kriegsschulden wohl bekannt sei. Schritte in der Richtung, wie sie von dem Fragesteller vorgeschlagen seien, würden im gegenwärtigen Augenblick keinem nützlichen Zwecke dienen.

Donnerstag Ministerbesprechung über Chequers.

Berlin, 10. Juni. Das Reichskabinett wird am heutigen Donnerstag zu einer Ministerbesprechung über die in Chequers geführte Aussprache zusammentreten. Am Freitag wird sich der Reichskanzler nach Neudorf begeben, um dem Reichspräsidenten über seine Englandreise Bericht zu erstatten. Es steht einstweilen noch nicht fest, ob sich das Kabinett am Donnerstag nur auf die Entgegennahme des Berichtes des Reichskanzlers und des Reichsaußenministers beschränken oder ob es schon in eine materielle Behandlung der durch die Notverordnung und durch Chequers aufgeworfenen außenpolitischen Fragen eintreten wird. Im Mittelpunkt der außenpolitischen Erörterungen wird selbstverständlich die Revision der bestehenden Reparationsabmachungen stehen, wobei sich das Kabinett über das weitere Vorgehen besonders über die Frage, ob von den Moratoriumsbestimmungen des Youngplanes Gebrauch gemacht werden soll, beschlußfähig einigen muß. Festzustellen ist, daß die letzte Rede des französischen Außenministers die bestehenden Spannungen nur noch vermehrt hat. Hinsichtlich der schwierigen internationalen Situation, die im Rahmen der Kabinettsberatungen zweifellos eine wesentliche Rolle spielen wird und die es der Reichsregierung nicht mehr ermöglicht, sich über die Entscheidung zu zögern. Dispositionen über den von einzelnen Parteien geforderten Empfang der Parteiführer zur Besprechung oder Abänderung der Notverordnung sind noch nicht getroffen. Es ist aber unwahrscheinlich, daß Verhandlungen mit den Parteien noch vor der Reise des Reichskanzlers nach Neudorf möglich sein werden. In unterrichteten Kreisen glaubt man im übrigen nicht, daß entscheidende Kabinettsbeschlüsse noch im Laufe dieser Woche zustande kommen werden.

Von „Revision darf nicht gesprochen werden“.

Paris, 10. Juni. Unter der Überschrift „Deutschland und die Reparationen“ beschäftigt sich der Temps am Mittwochabend ausführlich mit den Ergebnissen von Chequers. Die Reichsregierung scheint die Absicht zu haben, weitere Schritte zu unternehmen, in dem sie die Fälligkeit zunächst auf Paris und dann auf andere Länder ausstreckt. Wenn Reichskanzler Brüning tatsächlich diplomatische Schritte dieser Art im Auge habe, so sei es notwendig, daß Deutschland genauere Vorschläge mache. Bis jetzt seien alle Gerüchte über die deutschen Pläne in Bezug auf die Reparationsfrage von der Reichsregierung selbst demontiert worden, was nicht dazu diene, Klarheit in die Angelegenheit zu bringen. In seiner Kammerrede habe Briand die Lage klar umrissen und festgestellt, daß es Frankreich gutes Recht sei, mit einem Nein zu antworten, wenn Deutschland mit Forderungen komme, die den Interessen Frankreichs zuwiderlaufen. Ebenso habe Briand eine Revision des Youngplanes zurückgewiesen. Man werde in Berlin gut tun, über die Worte Briands nachzudenken, die jeden Versuch zu einer Revision abschneiden. Deutschland könne nur zu den Möglichkeiten Zuflucht nehmen, die ihm die Bestimmungen des Youngplanes offen liegen. Der Plan an sich könne keine Abänderungen erfahren und müsse als endgültige Regelung bestehen bleiben.

Der Paris Corré stellt seinerseits fest, daß man in Paris eine Haltung bedauere, die mehr und mehr einer Reserve gleiche. Man warte die Ereignisse ab. Vielleicht wäre es jedoch besser, die Entwidlung vorauszuweisen und eine klare Stellungnahme zu finden, da die Ereignisse sonst eine für Frankreich ungünstige Wendung nehmen könnten. Wenn Reichskanzler Brüning und Reichsaußenminister Curtius nach Paris kämen, so solle man sie hier mit der gleichen Lebenswürdigkeit wie in England empfangen und gemeinsam mit ihnen jene Reparationskonferenz vorbereiten, die trotz der Zurückhaltung Amerikas wohl unvermeidlich sei.

Lösung der Reparationsfrage oder „Chaos über Europa“.

Eine Rede des preussischen Finanzministers.

Im Hauptauschuß des Preussischen Landtages nahm Finanzminister Köppler-Schöff das Wort, um grundsätzliche Ausführungen über die Gemeindefinanzen im Hinblick auf die Notverordnung zu machen. Er erklärte zunächst, die Notverordnung des Reichspräsidenten nähme auf die Lage der Länder und Gemeinden nicht genügend Rücksicht, und fuhr in seinen weiteren Ausführungen dann fort: Die Notwendigkeit der Lösung der Reparationsfrage ist unabweisbar. Ich habe schon vor Monaten darauf hingewiesen, daß diese Frage zum Aufstoßen zwingt.

Die Notverordnung bringt eine so harte Einschränkung der Lebenshaltung des ganzen Volkes mit sich, daß man nur hoffen kann, die Gläubigerländer werden nun das Ihre tun, um die Lasten zu erleichtern, die auf Deutschland liegen. Wird die Reparationsfrage einer Lösung nicht zugeführt, so wird das Chaos über Europa hereinbrechen.

Briand und der Stahlhelm.

Was Berlin zur Briand-Rede sagt.

In Berliner zuständigen Kreise hat man sich mit der Rede beschäftigt, die Briand in der Kammer gegen die Stahlhelmtagung in Breslau und die Revision des

Young-Planes gehalten hat. Die sehr unfreundlichen Ausführungen Briands werden an dieser zuständigen Stelle unter dem Gesichtspunkt betrachtet, daß die Angriffe gegen Briand in der Kammer dazu dienen sollten, Briand zu stürzen. Die Rede sei insoweit von wesentlicher für den innenpolitischen Gebrauch bestimmt gewesen. Aber die Stahlhelmtagung hat Briand in seiner Rede bekanntlich erklärt, er glaube, daß die Reichsregierung seine Ansicht teile.

Von zuständiger Stelle wird hierzu festgestellt, daß ein französischer Schritt im eigentlichen Sinne des Wortes nicht erfolgt sei, daß Briand gelegentlich eines Diplomatempfanges den deutschen Botschafter v. Hoersch von seiner Auffassung über die Stahlhelmtagung in Kenntnis gesetzt habe. Botschafter v. Hoersch habe diese Mitteilungen entgegengenommen mit der Bemerkung, daß er sie nach Berlin weiterleiten werde. Eine Antwort der deutschen Regierung ist nicht erfolgt.

Hinsichtlich der Äußerungen Briands zu der Tributfrage wird in Berlin auf den Aufruf der Reichsregierung als beste Antwort an den französischen Außenminister hingewiesen.

Aus einer Verlautbarung der deutschen Botschaft aus Paris wird hierzu noch gemeldet, daß Herr v. Hoersch erklärt habe, daß die Kundgebung des „Stahlhelm“ eine Privatangelegenheit der Opposition sei, für die die Regierung keine Verantwortung übernehmen könne. Derartige Kundgebungen läßten auch in anderen Staaten statt und könnten nicht verhindert werden. Es ist also nicht richtig, wenn behauptet wird, daß der Botschafter dem französischen Außenminister das Bedauern der Reichsregierung zum Ausdruck gebracht habe.

Das Beamtenministerium in Oldenburg bleibt.

Von den Nationalsozialisten gebildet.

Zu der Eröffnungssitzung des am 17. Mai neu gewählten Oldenburgischen Landtags gab Ministerpräsident Cassebohm eine Erklärung ab, in der er sagte, die Regierung sei trotz Veränderung des Landtages der Auffassung gewesen, daß das Beamtenministerium seine Aufgabe fortführen müsse, es sei denn, daß der Landtag anderweitige Beschlüsse fasse. Das Ministerium halte dies für um so notwendiger, als es nach dem Ausgange der Wahl zweifelhaft erscheinen müsse, daß der Landtag überhaupt in der Lage sein werde, ein neues Ministerium zu bilden.

Die Nationalsozialisten ließen durch ihren Sprecher erklären, daß die Wahl nicht die Möglichkeit einer Regierungsneubildung gegeben habe, die Nationalsozialisten die jetzige Regierung noch dulden würden. Die Nationalsozialisten stellten u. a. den Antrag, die Ministergehälter von 18.000 auf 12.000 Mark herabzusetzen sowie die Gehälter der hohen Staats- und Kommunalbeamten an die neuen Ministerlöhne anzupassen. Weiter forderten sie die Herabsetzung der Ministerzahl von drei auf zwei (einschließlich Ministerpräsident).

Barrikadenkämpfe in Mannheim.

Schüsse auf die Polizei.

Im Anschluß an eine kommunistische Protestkundgebung gegen die neue Notverordnung kam es an verschiedenen Plätzen und Straßen der Innenstadt zu schweren Ausschreitungen der Demonstranten. In der westlichen Unterstadt wurden aus Brechern, Eisenketten, Müllkästen, Bagatelken usw. auf verschiedenen Straßen Barrikaden errichtet und das Pflaster aufgerissen. Sämtliche Laternen in diesen Straßen wurden eingeworfen, so daß diese völlig im Dunkeln lagen. Der Verkehr auf den Straßen ist lahmgelegt. Die Wirtschaften und Geschäfte haben ihre Schaufenster gesichert.

Von einer Barrikade aus wurde auf die Polizei scharf geschossen.

Nach den bisherigen Feststellungen wurde jedoch niemand verwundet. Die Polizei hat bis jetzt nur Schreckschüsse abgegeben. Hinter der Polizei rücken Feuerwehreinheiten nach, die die Hindernisse beseitigen. Bei den Barrikaden wurden Steine und Läden mit Erde gefunden, die wohl als Wurfgeschosse dienen sollten. Die Polizei erhielt schließlich weitere Verstärkungen.

Die Ursache des Glaspalastbrandes.

Selbstentzündung ölgetränkter Lumpen.

Nach dem polizeiamtlichen Bericht über die Ursachen des Glaspalastbrandes haben die umfassenden Erhebungen bisher nicht den geringsten Anhaltspunkt für vorsätzliche Brandstiftung ergeben. Auch sachverständige Brandstiftung durch Rauchen kann nicht angenommen werden. Dagegen wurde festgestellt, daß in der Ausfällung des schätzigen Maler nach Schluß der Arbeit in einer der beiden Kammern neben dem Haupteingang Kesselstoffsäure auf einen Haufen zusammengelegt hatten, die mit einer Mischung aus Firnis und Terpentinöl getränkt worden und die sie zum Abreiben von Ölfarbe verwendeten hatten. Nachdem der Aufbewahrungsort der Öllumpen zweifelsfrei auch der Brandherd war und für vorsätzliche oder fahrlässige Brandstiftung sich keine Unterlagen ergaben, muß Selbstentzündung der ölgetränkten Lumpen als Brandursache angenommen werden. Das von gerichtlichen chemischen Institut erhaltene Gutachten ist nach Prüfung der Mischung und des Kesselstoffes zu dem gleichen Ergebnis gekommen.

Die Katastrophe des englischen U-Bootes.

Verhängung mit Klopfschiffen.

Nach zehntägigem Suchen mit Suchleinen hat man das 21 Seemeilen nördlich von Weisheit gesunkene Unterseeboot „Poseidon“ gefunden. Es liegt auf 40 Meter Wassertiefe. Zurzeit werden Versuche gemacht, es mit Breklust wieder zum Auftauchen zu bringen.

Wie jetzt bekannt wird, fuhr das Unterseeboot aufgetaucht, als es in dichtem Strichnebel von dem 1750 Tonnen großen chinesischen Dampfer „Yuta“ eben hinter dem Kommandoturm gerammt wurde. Die meisten Leute konnten von der „Yuta“ gerettet werden. Sechs Leuten gelang es — zum Teil erst nach drei Stunden — aus dem bereits gesunkenen Boot mit Hilfe des Davis-rettungsapparates zu entkommen, der einer Armeegasmaske nicht unähnlich ist.

Das Mutterschiff „Madway“ vermutete, wie die letzten Meldungen der britischen Admiralität besagen, eine Verbindung mit dem eingestochenen herzustellen, die sich durch Klopfschiffe verhängen. Sie sagen, daß noch acht Mann von ihnen am Leben sind, und man hofft, diese letzten Überlebenden rechtzeitig zu retten.

Aus unserer Heimat

Wilsdruff, am 11. Juni 1931.

Rechtblatt für den 12. Juni.

Sonnenaufgang 3³⁰ | Mondaufgang 1³⁰
Sonnennuntergang 20³⁰ | Monduntergang 16³⁰

1815 Gründung der Deutschen Burshenschaft in Jena. — 1902 Tiermaler Friedrich Seecht gebl.

Schnell verblühter Frühling.

Der Frühling schreitet mit fast beängstigender Schnelligkeit dahin. Fast befallt uns Wehmut bei dem Gedanken, daß in wenigen Tagen schon die Tag- und Nachtgleiche erreicht ist, daß es dann langsam, aber leider sicher wieder abwärts gehen muß. Der Flieder ist verblüht. Das Geleuchte der Kastanien ist erloschen, und auf den Blütenständen sehen wir schon die ersten kleinen Früchte. Auch der Kirschnuß, der eben noch sein wundervolles Blütenkleid mit Prunk und Glanz entfaltet, hat seine schönsten Tage hinter sich. Mittlerweile blüht der Hollunder, und damit gemahnt uns der schwindende Frühling daran, daß es mit der Pracht und dem Reichtum des Blühens bald vorbei sein wird. Schon jetzt der Jasminstrauch die Knospe zu fetten Blüten an, schon drängt die Linde den Tagen ihrer betäubend süßen Blüten entgegen, und in sonnigen Gärten leuchtet da und dort schon weiß oder rosa, gelb oder rot eine frühe Rose auf.

Daß uns der März und der April verloren waren, daß wir so spät zu Frühlingsfreuden kamen, das läßt uns jetzt den Frühling erst kurz und flüchtig erscheinen. Seit wenigen Wochen erst — sind es wirklich mehr als vier oder fünf? — können wir uns an ihm nach Herzenslust erfreuen. Nun aber hat er sich schon fast wieder verabschiedet, und das Jahr drängt dem Sommer zu. Auf den Feldern schwingt und faucht die Sense des Schnitters. Es ist Heuzeit. Das erinnert uns daran, daß die Zeit der Blüte übergegangen ist in die Tage des ersten Erntegens.

Luft- und Schwimmbad Wilsdruff. Wasserwärme im Schwimmboden 21 Grad Celsius.

Die Besserung des Wetters macht weitere Fortschritte. Der hohe Druck, der gestern mit Barometerständen von über 765 Millimetern über Italien und den Alpen lag, breitet sich weiter nach Norden aus und beeinflusst nun auch unser Wetter entscheidend. Es wird wieder warm und die Unbeständigkeit läßt nach. Das werden vor allem unsere Landwirte begrüßen, die teilweise bereits das Heu auf den Wiesen liegen haben.

Post und Zeitung in der Sommerfrische. Wer seine Sommerreise macht, der möchte sich wohl einmal von seiner täglichen Umwelt lösen, möchte neue Eindrücke gewinnen und Abwechslung haben; aber er möchte doch nicht den Zusammenhang mit seinem Bohnort verlieren. Er möchte täglich Post haben und vor allen Dingen nicht auf seine Zeitung verzichten. Sie soll ihm täglich berichten, was in der Heimat geschieht. Das Vergnügen kann jeder Reisende haben, er nur sich für die Urlaubzeit in irgendeiner Sommerfrische festsetzt oder als Tourist durch die Gegend wandert. Die Reichspostverwaltung hat durch besondere Einrichtungen die Nachsendung von Briefen und Zeitungen für Sommerfrischler und Touristen sichergestellt. Dem heimatischen Zustellamt muß etwa 2 Tage vor Antritt der Reise der Nachsendungsantrag übergeben werden. Formblätter hierzu erhält man an den Postämtern und von den Briefträgern. Pakete, Wertbriefe und Telegramme werden nur auf Verlangen nachgeschickt, da für deren Nachsendung die Gebühren von neuem zu zahlen sind. Die briefliche Nachsendung der Telegramme ist dagegen innerhalb Deutschlands gebührenfrei. Gewöhnliche Briefe und Postkarten können auch von den Angehörigen an den ursprünglichen Empfänger nachgeschickt werden. Der alte Bestimmungsort und die Wohnungsangabe ist stark zu durchstreichen und der neue Bestimmungsort und die neue Wohnungsangabe deutlich darüber zu vermerken. Die Sendungen dürfen in die Briefkästen zwecks Weiterleitung gelegt werden. Bei Drucksachen, Geschäftspapieren und Warenproben ist dies nicht zulässig; diese müssen den Zustellern unmittelbar unter Angabe des neuen Bestimmungsorts zwecks Nachsendung übergeben werden. Für Touristen, die ihren Aufenthaltsort oft wechseln, empfiehlt es sich, die Nachsendung post- bzw. bahnpostlagernd zu beantragen. Die Sendungen werden 14 Tage — Sendungen vom Ausland einen Monat — zur Abholung bereitgehalten. Die österreichische Postverwaltung erhebt bei der Ausbändigung postlagernder Sendungen eine Sondergebühr von 10 Groschen für jede Sendung. Postlagernde Sendungen, die 3. B. den Vermerk: Zurücksenden, wenn nicht bis zum 30. Juli abgeholt; oder: Nur bis 20. Juli lagern lassen! tragen, werden wunschgemäß behandelt.

Der Wert des Obstes für unsere Ernährung. Dem deutschen Obst gehört aus gesundheitlichen Gründen ein weit größerer Anteil an der Ernährung, als er ihm bisher zuteil wurde. Bei der Beurteilung des Obstes als Nahrungsmittel muß man sich darüber klar sein, daß sein Nährwert — ausgedrückt in Kalorien oder Verdauungswerten — nicht das Wichtigste ist. Enthalten die übrigen Nahrungsmittel hauptsächlich Bau- und Brennstoffe für die Körpermaschine, so kann man die im Obst enthaltenen Ergänzungsstoffe — Vitamine und Mineralstoffe — als den Funken bezeichnen, der, wie im Benzinmotor, den Brennstoff zur Entzündung bringt. Ohne diese Ergänzungsstoffe nützt die beste Nahrungszufuhr nichts, gibt es kein Wachstum, keine Gesundheit, keine gesunden Knochen und Nerven, keine normale Tätigkeit der Drüsen und übrigen Verdauungsorgane. Ohne den Genuß von Obst wird der Körper von Malaria, Skorbut und anderen Krankheiten befallen. Nur an einigen Beispielen sei der überaus günstige Einfluß des Obstes auf den Organismus des Menschen erläutert. Zähne und Zahnefleisch werden durch die leicht sauren Bestandteile des Obstes günstig beeinflusst. Speisereste in Zahnlücken und in Zwischenräumen zwischen Zahn und Zahnefleisch werden herausgeschwemmt. Der Obstgenuß kann in dieser Hinsicht dem Gurgeln und Mundspülen ohne weiteres an die Seite gestellt werden. Der reiche Zellulosegehalt des Obstes macht es zur Anregung der Darmtätigkeit geeignet. Viele Menschen, namentlich in den Städten, leiden an einer unwillkommenen Verlangsamung der Darmtätigkeit. Es ist das für den gesamten Organismus von großem Nachteil. Obst am Abend oder morgens nüchtern, vor jeder anderen Nahrung genossen, vermag einer vorhandenen Neigung zur Darmträgheit wirksam entgegenzutreten. Es soll das zu einer Lebensgewohnheit werden, die man sich selbst aneignen muß. Obst am Morgen, Obst zum Frühstück, Obst nach dem Mittagessen, Obst am Nachmittag, Obst nach dem Abendessen, das ganze Jahr hindurch, Gesundheit und Lebensfreude bleiben nicht aus.

Zur Erstattung der Grundsteuer. Das Ministerium des Innern hat auf den Antrag des Sächsischen Landtages um zinslose Erstattung der Grundsteuer bis nach der Ernte folgendes geantwortet: Das Ministerium des Innern sieht sich im Hinblick auf das Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden und mangels einer gesetzlichen Handhabe nicht in der Lage, die Grundsteuerbefreiung anzuweisen, die von den Gemeinden nachgeforderte Zuschlagssteuer zur Grundsteuer bis nach der Ernte zinslos zu stunden. Die Erstattung der gemeindlichen Zuschlagssteuer ist zulässig, auch wenn eine Erstattung der staatlichen Grundsteuer nicht erfolgt. Die Gemeinden sind also nicht behindert, in besonderen Fällen auf Ansuchen die gemeindliche Zuschlagssteuer zu stunden. Ein allgemeines Verbot der zwangsweisen Erstattung zu erlassen, ist der Folgen halber nicht angedacht. In der Praxis der Steuerbehörden wird jedoch in dieser Beziehung schon jetzt weitestgehend Rücksicht auf die Steuerpflichtigen genommen.

Der Hausbesitz gegen die Notverordnung. In der neuen Notverordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen vom 5. Juni sind auch Bestimmungen zur Wohnungswirtschaft enthalten, nach denen von einer Ermäßigung der Hauszinssteuer insoweit abgesehen werden soll, als der Hauszinsnehmer die für die höhere Verzinsung erforderlichen Mittel aus dem ihm in der gesetzlichen Miete zustehenden Beträgen beschaffen kann. Gegen diese unzulässigen Bestimmungen wie gegen die Vorschriften über Enteignungen auf dem Gebiete des Städtebaues erhebt der Hausbesitz schärfsten Protest. Der Zentralverband Deutscher Haus- und Grundbesitzervereine Berlin hat die Vorstandsmitglieder zum 11. dieses Monats und der Verband der Sächsischen Grund- und Hausbesitzervereine e. V. in Dresden anschließend daran zum 12. zusammenberufen, um zu beschließen, welche Schritte gegen die Notverordnung in der vorliegenden Fassung zu unternehmen sind.

Der 11. Sächsische Pioniertag findet am 13. und 14. Juni in Reichen statt. Sonnabend nach 4 Uhr ist Vertreter- und Landesverbandssitzung, von 7 Uhr ab kameradschaftliches Beisammensein im Hamburger Hof. Sonntag von 8-12 Uhr wird eine Katastrophen-Hilfsübung der Technischen Nothilfe, Landesbezirk Freistaat Sachsen im Verein mit Feuerwehr, Roten Kreuz, D.V.C., Marinevereine u. a. im Winterhafengebiet abgehalten. Der Übung liegt die Annahme zugrunde, daß am Südbange des Proschwitzer Berges sich ein umfangreicher Bergsturz ereignet, der neben anderen bebefähmigen Bauten die Herstellung eines Ueberganges über den Fürstengraben, den Bau einer Seilbahn von einem rasch errichteten Verbandszettel nach Wasserfahrwegen notwendig macht, weiter wird der Transport Verletzte mit allen Hilfsmitteln auf dem Wasserwege durchgeführt. Auch die Nachrichtentruppe der Technischen Nothilfe, ihr Beleuchtungs- und Sprechtrupp usw. werden in Tätigkeit treten. Eine von einer Rundfunkfirma zur Verfügung gestellte Lautsprecheranlage wird auf dem mitten im Gelände errichteten Beobachtungsturm aufgestellt werden, um die Gäste über den Gang der Übung dauernd auf dem laufenden zu halten. Die Übung wird gegen 8 Uhr beginnen und bis gegen 12 Uhr dauern. Abschließend findet im Hamburger Hof am 13. und 14. Juni eine Ausstellung der Technischen Nothilfe mit Filmvorführung aus den Arbeitsgebieten der Technischen Nothilfe statt. Der Eintritt zu allen Technischen-Nothilfeveranstaltungen ist, wie immer, frei. Für 4 Uhr nachmittags ist das eigentliche Pioniertreffen in beiden Sälen des Hamburger Hofes angesetzt.

Landespossaunenfest in Dresden. Die Posaunenchor des im ev.-luth. Jungmännerbunde bestehenden sächsischen Landesverbandes feiern in den Tagen vom 13. bis 15. Juni ihr 30. Landespossaunenfest in Dresden. Dazu haben sich bisher 1100 Männer aus allen Teilen des Sachsenlandes gemeldet. Die Zahl dürfte sogar noch überschritten werden. Damit ist die höchste Teilnehmerzahl eines Landespossaunenfestes erreicht, da die letzten Feste durchschnittlich nur etwa 1000 Männer zusammenführten. Die Abendmuße des Landespossaunenfestes, die am Sonntag 18 Uhr im Zwingerhofe geboten wird, wird durch den mitteldeutschen Sender im Rundfunk übertragen werden.

Der Verein der Beamten der vorm. Sächs. Staatseisenbahnen hielt in Chemnitz seine 12. ordentliche Mitgliederversammlung unter Leitung seines 1. Vorsitzenden, Reichsbahnamtmann Jille-Dresden ab. Seitens der Reichsbahndirektion Dresden nahmen Oberregierungsrat von Kirchbach, Oberregierungsrat Dr. Wiesand und Reichsbahnrat Dr. Schmidt an der Tagung teil. Aus den Berichten war zu erkennen, daß die Vergütung auch im vergangenen Jahre eine recht ersprießliche gewesen ist. Das Hauptaugenmerk ist auf die Fürsorge kranker und erholungsbedürftiger Eisenbahner aller Gruppen gerichtet. Hunderte von Eisenbahnerkindern wurden in Erholungsheimen an der See und im Gebirge untergebracht. Eine Großtat des Vereins ist die Errichtung eines eigenen Kurheimes in Bad Elster. Die Verlammlung nahm eine Entschließung an, die eine Erweiterung des Kurheimes in Bad Elster oder ein neues Heim in Oberschlama wünscht.

Bräunsdorf. Ein aus der Fürsorgeanstalt Bräunsdorf entwichener 18 Jahre alter Fürsorgejüngling tauchte bei hiesigen Verwandten auf und erregte durch belästigendes Benehmen Aufsehen. Er wurde der Anstalt wieder zugeführt.

Moborn. Dampfsiegelei. Vor Jahresfrist ging die durch den Konkurs der Firma Krasselt & Pistorius gehörige Dampfsiegelei in den Besitz des Zementverbandes über. Lange ruhte der Betrieb. Vor mehreren Wochen wurde die Tätigkeit wieder aufgenommen.

Bereinskalender.
Kleintentner, 11. Juni Versammlung.
Liedertafel, 12. Juni Übung, anst. Vorstandssitzung.

Weiterbericht.
Barm. Unmäßliches Nachlassen der Unbeständigkeit. Wolke bis zeitweise heiter. Mäßige Winde aus südlicher Richtung.

Sachsen und Nachbarstaat

Wünsche an die Rechtspflege.

Landtags-Haushaltausschuß A.
In der Sitzung des Haushaltausschusses A erklärte in einer kurzen Weiterberatung des Wohlfahrtsrats die Regierung strikte

gegen jede Höherziehung der Staatsausgaben für Wohlfahrtszwecke. Der Finanzminister äußerte sich auch in diesem Zusammenhang über den Stand der

Staatsfinanzen und warnte eindringlich vor Abweichungen vom Regierungsentwurf. Es bestünde keine Aussicht auf Auslandskredite und der Inlandsmarkt sei auch erschöpft. Die Weiterberatung dieses Kapitels erfolgt voraussichtlich in der nächsten Woche.

Einen breiten Raum nahmen die Beratungen über den Justizetat ein. Abg. Neu (SPD.) behauptete daß Vorhandensein einer tiefgehenden Justizkrise, deren Ursache auf die geistige Einstellung eines großen Teiles der Richter zu suchen sei. Von kommunistischer Seite wurden die aus früheren Verhandlungen bekannten Anträge vertreten und eine Amnestie für politische Delikte und Vergehen gegen § 218 verlangt. Abg. Voigt forderte Reformen im Jugendgerichtswesen, damit jugendliche Angeklagte möglichst fleißig vor den Jugendrichtern kommen. Die Pläne betr.

Rundfunkübertragung von Gerichtsverhandlungen
feien abzulehnen. Die Todesstrafe sei nicht unter allen Umständen abzulehnen. Abg. Siegert (Dnat.) griff Landgerichtsdir. Dr. Ziel wegen seiner kürzlich in Berlin gehaltenen Rede an, in der dieser die Erschütterung der christlichen Ehe vertrat. Abg. Dr. Raßner (St.-P.) sagte, heute herrsche der Eindruck, daß politisch weit linksstehende im Strafmaß ungnädiger weglämen, als Rechtsstehende. Gegenüber der Standpresse sei schärferes Zutreffen geboten. Der Justizminister verwies in seinen Erklärungen auf die allgemeine Zunahme der Geschäfte an den Gerichten. Neuerlich sei aber ein erfreulicher Rückgang festzustellen. Vor der Einstellung weiblicher Richter müsse sorgfältig auf Eignung für den schweren Dienst gesehen werden. Den Landgerichtsdir. Dr. Ziel betreffend, sei eine gründliche Untersuchung eingeleitet worden, die aber nicht abgeschlossen sei. Zur Frage der Vertrauensstrafe führte der Minister aus, daß bei den kämpferischen, gespannten Verhältnissen unserer Tage Angriffe und Kritiken nicht vermieden seien. Richter und Staatsanwälte erfüllten aber bei Überbürdung und unter größten Mühen voll ihre Pflicht.

In der Abstimmung wurden die kommunistischen, ebenso fast alle sozialdemokratischen Anträge abgelehnt. Ein Antrag Voigt (D.V.P.), der gegen die Stimmen der Kommunisten angenommen wurde, ersucht die Regierung, sich dafür einzusetzen, daß nicht nur in Sachsen, sondern im ganzen Reiche von dem Plane der Rundfunkübertragung von Gerichtsverhandlungen abgesehen wird. Die Etatsstellen selbst wurden bis auf die Besoldungsfragen genehmigt.

Die Not des sächsischen Steinkohlenbergbaues.

Landtags-Haushaltausschuß A.
Seit Jahren ist man bemüht, den sächsischen Steinkohlenbergbau durch Zusammenschluß aller Gesellschaften zu einer großen Gesellschaft auf eine bessere wirtschaftliche Basis zu stellen. Die Regierung kommt in der von ihr dem Landtage vorgelegten Textschrift zu der Auffassung, daß durch eine Fusion grundlegend an den Verhältnissen nichts geändert wird. Die Not des Steinkohlenbergbaues sei in den geologischen Gewinnungsverhältnissen begründet und die Abzähmlichkeiten hätten sich infolge der nach dem Kriege eingeführten Stafelliarie der Reichsbahn, infolge der Braunkohlenbräunerei und nicht zuletzt infolge der fortschreitenden Elektrifizierung der Wirtschaft wesentlich verschlechtert. Daher müsse an die Veredelung der Steinkohle (Glasfenverfärbung) herangegangen werden. Die Reichsregierung, an die sich die sächsische Regierung gewandt hatte, hat sich zu einer finanziellen Hilfe bisher nicht bereit gefunden. Aus eigenen Mitteln könne Sachsen die finanziellen Mittel nicht bereitstellen. Nach mehrfacher Ausdrucksweise wurden die Anträge der Berichterstatter im wesentlichen angenommen.

Rossen. Auf Urlaub in der Heimat — in den Tod gefahren. Der 25 Jahre alte Gepädträger Ahlemann vom Schleißchen Bahnhof in Berlin, der aus Kohnen stammt, war bei Veranlaßung auf Ferienbesuch. Mit noch einem andern Herrn unternahm er am Dienstag eine Partie nach Rossen mit dem Rückweg über Markbach. Unterwegs wurden die Beiden von einem Kradradfahrer aus Sanktitz mitgenommen, der sie mit seinem Motorrad auf Sojassitz und Beiwagen nach Hause fahren wollte. Der Ferienurlauber, der in der Wiederkehrsfreude effische Glas Bier getrunken hatte und nun auf dem Sojassitz saß, griff dem Motorradfahrer nach dem Arm, als die Fahrt nach den ersten Häusern von Egdorf zu ging. Unweit vom „Lamm“ fuhr das Gefährt dadurch nach links über die einen Stangenzaun und überschlug sich. Der auf dem Sojassitz befindliche Ahlemann wurde herabgeschleudert und mit Schädelbruch, Rippenbruch, Arm- und Beinbrüchen aufgeboden. Verzügliche Hilfe war schnell zur Stelle, die die Ueberführung nach dem Krankenhaus Rossen veranlaßte. Kurz vor 10 Uhr ist der junge Mann seinen schweren Verletzungen erlegen. Der Motorradfahrer ist mit einer Kopfwunde und der Beiwageninasse mit dem Schrecken davon gekommen, obwohl beide unter das Fahrzeug geraten waren.

Köhlschendorf. Eine reiche Erdbeerernte ist in diesem Jahre unserer Gegend beschieden. Die Wälder haben durchgängig reich geblüht und sehr gut angelegt. Seit etwa 10 Tagen hat der Großerwerb der würtigen Frucht begonnen, der sich mengenmäßig jetzt nur abschätzen läßt. Wenn früher der Hauptteil desselben durch Bahntransport erfolgte, der sich zahlenmäßig erfassen ließ, so nimmt jetzt der Kraftwagenverkehr einen so wesentlichen, aber unkontrollierbaren Teil für sich in Anspruch, daß die Zahlen des Bahnverkehrs ein schlechtes Bild der jährlichen Ernte ergeben würden. Immerhin lassen die Gewichtsmengen des Bahnverkehrs der letzten Tage, der vom Bahnhof Köhlschendorf abgefertigt wurde, einen Rückschlag auf den Umfang der diesjährigen Ernte zu, wenn man hört, daß in den letzten Tagen täglich von hier etwa 10000 bis 15000 Kilo Erdbeeren in der Richtung Berlin und etwa ebensoviel in der Richtung Dresden abgegangen sind. Die in der letzten Richtung verschickten Erdbeeren hatten als Ziel meist das Erzgebirge und das Vogtland.

Dresden. 30 Prozent Auswertung der Sparkasse. Die Dresdener Sparkasse nimmt eine hohe Auswertung der alten Einlegeraktiven vor. Die Sparkassenverwaltung hat dem Ministerium des Innern den Vorschlag unterbreitet, wonach einschließlich der Zinsvergütung bis Ende 1930 eine Auswertung von über 30 Prozent des Goldmarkwertes der alten Einlagen vorgenommen werden soll. Hierdurch dürfte Dresden mit an der Spitze der Städte mit befriedigender Auswertung stehen.

Dresden. Entsprungen. Von einem Justizwachmeister sollte der Sträfling Theileis, der eine Zuchthausstrafe zu verbüßen hat, von Pirna nach Dresden transportiert werden. Kurz vor dem Bahnhof Dresden-Strehlen suchte der Zuchthauswärter den Abortraum auf, sprang aus dem fahrenden Zug und entkam.

Polenz. Leere Kassen. In der Gemeindevertreter-Sitzung wurde über Mittelbeschaffung für die dringenden Ausgaben verhandelt. Sämtliche Mittel sind erschöpft. Es mußten bei der Amtshauptmannschaft Pirna Gelder angefordert werden, um die Wohlfahrtsvereinsstellen auszuhalten zu können. Die Girokasse Neustadt hat eine Kreditgewährung abgelehnt, da sie keine Vermögensübersicht der Gemeinde hat. Die Forderung des Bürgermeisters, eine Vermögensübersicht einreichen und weitere Kredite in Anspruch nehmen zu dürfen, wurde einstimmig abgelehnt.

Rötha. Einbruch in den Bahnhof. Einbrecher drangen mittels Nachschlüssel und Dietrich in den Schalteraum des Bahnhofes ein und wucherten dort mit einem Stemmstein die Fahrkartenschränke auf. Sie mußten aber, da sie kein Geld vorfanden, ohne Ergebnis wieder abziehen.

Zwidau. Erfolgreiches Einigungsverfahren. Das Einigungsverfahren über den von den Stadtverordneten einstimmig abgelehnten Haushaltsplan verlief ergebnislos.

Blauen. Im Dienst gestorben. Der 54 Jahre alte Krankenschwester Bruno Köhler wurde in den Räumen der Ortskrankenkasse von einem Gehirnschlag getroffen und sank tot zusammen.

Leipzig. Ein Auto überschlägt sich. In der Franzfurter Straße kam infolge schlüpfrigen Asphalt ein Auto so stark ins Schleudern, daß es sich überschlug. Alle drei Insassen kamen unter den Wagen zu liegen und wurden mit schweren Verletzungen ins Krankenhaus geschafft.

Dr. Trendelenburgs Sachsenreise.

Vom Vogtland bis zur Oberlausitz herrscht bitterste Not.

Staatssekretär Dr. Trendelenburg besuchte auf seiner Informationsreise im Vogtland zunächst das Industriegebiet Reichenbach-Mulau-Reichbach, wo er über die Not der heimischen Industrie unterrichtet und ihm eine entsprechende Denkschrift des Verbandes Sächsisch-Thüringischer Webereien überreichte wurde. In Blauen hatte er mit den vogtländischen Industriellen eine Aussprache. Auch hier wurde dem Staatssekretär an Hand von instruktivem Zahlenmaterial die Notlage der heimischen Industrie geschildert. Über Marktneufrieden ging dann die Fahrt nach Klingenthal, wo dem Beamten des Reichs von der Lage der Musikinstrumentenindustrie ein trübes Bild gezeichnet wurde.

Der Staatssekretär setzte alsdann seine Reise fort, besuchte Jitau und weitere Orte der Oberlausitz und beschäftigte dabei Unternehmungen der Maschinenindustrie sowie der Fein-, Frottier- und Bandweberei. Auch der Blumenstadt Sebnitz wurde ein Besuch abgestattet. Den Abschluß bildete eine gemeinsame Versprechung mit den Angehörigen des ostsächsischen Industriegebietes und Mitgliedern der Regierung, bei der das Fazit der Reise gezogen worden sein dürfte. Wie dieses Ergebnis aussieht, darüber dürfte wohl nur eine Meinung geberrscht haben: leistungsfähig. Um so wichtiger erscheint es daher, daß das Reichswirtschaftsministerium der sächsischen Not nach Kräften zu steuern bemüht ist.

Uneinheitlicher sächsischer Arbeitsmarkt.

Die Frühjahrsentlastung des Arbeitsmarktes hat sich in der zweiten Hälfte ungefähr im gleichen Umfange wie in der ersten Hälfte des Monats fortgesetzt. Die Zahl der Arbeitsuchenden ist vom 15. bis 31. Mai 1931 von 536 157 auf 521 016, also um rund 15 000 oder 2,8 Prozent gesunken. Die

anhaltend ungünstige Lage

geht jedoch aus der Tatsache deutlich hervor, daß die Zahl der Arbeitsuchenden am 31. Mai noch immer 41 Prozent über dem schon zur gleichen Zeit des Vorjahres außerordentlich hohen Stand der Arbeitsuchenden liegt. An der Entlastung ist in größerem Umfange das Spinnstoffgewerbe sowie die Seidenwebereien beteiligt, das einen Abgang von rund 3500 Arbeitsuchenden, darunter 2500 weibliche, verzeichnet, während die Außenberufe nicht in dem erwarteten Maße zur Abnahme der Arbeitslosigkeit beitrugen. Außerst gering war der Abgang im Baugewerbe, der bei den Bauarbeitern nur 1800, bei den Bauhilfsarbeitern 1000 betrug. In der Industrie der Steine und Erden und in der Metallindustrie konnte sich die Zahl der Arbeitsuchenden um je über 1000 vermindern. Die Kurzfristigkeit der Entlastungen läßt jedoch ein besseres Urteil über die Arbeitsmarktlage dieser Berufsgruppen nicht zu. Saisonmäßig gefeigert hat sich der Abgang an Arbeitsuchenden im Gastwirts- und Verkehrsgewerbe. Da aber das Binnngewerbe mit einer außerordentlich günstigen Bitterung in die Verichtszeit fiel, hätte die Abnahme der Arbeitslosigkeit noch größer und anhaltender sein müssen.

Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung ist vom 15. bis 31. Mai 1931 von 179 188 auf 168 359 zurückgegangen. Auch in der Stufenunterstützung konnte ein leichter Abgang von 130 331 auf 129 180 festgestellt werden.

Der durchschnittliche Anteil der Jugendlichen ist gestiegen,

da in der Verichtszeit in größerer Anzahl ausgebildete Lehrlinge entlassen worden waren, und zwar vorwiegend aus den Berufsgruppen mit ungünstiger Arbeitsmarktlage.

Ihre „Negertameraden“.

Kommunistische Angriffe gegen ein amerikanisches Konsulat.

Vor dem Gebäude des amerikanischen Konsulats in Dresden kam es zu einer Kundgebung. Kommunisten warfen Flaschen durch ein Fenster im 1. Stock des Gebäudes. In diesen Flaschen waren Zettel mit folgender Aufschrift: „Rieder mit dem amerikanischen Nordimperialismus! Für das brüderliche Bündnis der Schwarzen und weißen Jungproleten! Hinweg mit der blutigen Lynchjustiz an unseren Negertameraden!“ Warum nicht! Jeder muß wissen, wohin er gehört!

Der evangelische Kirchenvertrag in Preußen.

Annahme in zweiter Lesung.

Berlin, 10. Juni.

Nach Eröffnung der Mittwoch-Sitzung des Preussischen Landtages gedenkt Präsident Barthe des Grubenunglücks bei Neurode.

Entsprechend dem Antrage des Abg. Sobotta (Komm.) wird eine kommunalistische Große Anfrage wegen des neuen Grubenunglücks

auf die Tagesordnung gesetzt und sofort zur Beratung gestellt. In Begründung der Anfrage behauptet der Abg. Sobotta, auch dieses Grubenunglück sei nur die Folge der Vernachlässigung des Grubenunternehmens.

Ein Regierungsvertreter erklärt, es sei für die Staatsregierung nicht leicht, schon jetzt die kommunalistischen Fragen zu beantworten, da die Untersuchung im Gange sei.

Auf der Tagesordnung steht sodann die zweite Beratung des evangelischen Kirchenvertrages.

Abg. Dr. Ausländer (Komm.) legt einen Antrag seiner Fraktion vor, die Beratung des Kirchenvertrages abzubrechen, bis die Staatsregierung dem Landtag ein Protokoll ihrer Verhandlungen mit den evangelischen Landeskirchen vorgelegt hat.

Der Antrag wird gegen die Kommunisten abgelehnt.

Abg. Koch-Ondhausen (Dnt.) gibt namens seiner Fraktion eine Erklärung ab, in der es u. a. heißt, daß die deutschnationale Landtagsfraktion sowie ein großer Teil der deutschnationalen Volkspartei im Lande in dem vorliegenden Vertrag nicht die Erfüllung der berechtigten Forderungen der Kirchen

bringe. Wenn die Fraktion gleichwohl für den Vertrag stimme, so deshalb, weil die Mehrheit der evangelischen Kirchenvertreter in allen Landeskirchen den Vertrag als eine Verbesserung des gegenwärtigen Zustandes ansieht und seine Annahme wünscht.

Abg. Bresse (Dt. Frakt.) erklärt, daß der Vertrag nicht alle Versprechungen der Reichsversammlung an die Kirchen erfülle.

Abg. Bensch (Komm.) lehnt den Vertrag ab.

Abg. Dr. von Campe (DVP.) betont, trotz der Bedenken sei die Mehrheit der volksparteilichen Fraktion, wenn auch schweren Herzens, bereit, dem Vertrag zuzustimmen.

Abg. Dr. Vanscher (Ztr.) wünscht, daß der Vertrag dazu beitragen möge, das Verhältnis zwischen Staat und christlichen Kirchen zu verbessern, zum Wohle des Volkes.

Abg. Orban (Staatspartei) stimmt dem Vertrag zu.

Abg. Hefnermann (Wirtschaftspartei) erklärt, seine politischen Freunde läßen in dem Vertrag einen Schritt auf dem Wege zur Selbständigkeit der evangelischen Landeskirchen.

Abg. Meyer-Hermendorf (Christl.-Soz.) gibt eine Erklärung ab, in der es heißt, daß der Vertrag zwar nicht voll befriedige, die Christlich-Sozialen ihm aber doch zustimmen würden, nachdem zwischen Staat und Kirchen eine Einigung zustande gekommen sei.

Abg. Leinert (Soz.) teilt mit, daß seine Fraktion erst am Donnerstag ihre endgültige Stellungnahme zum Kirchenvertrag festlegen werde. Bei der Abstimmung zur zweiten Lesung würde sie sich daher der Stimme enthalten.

Damit ist die Aussprache beendet. Artikel I des Gesetzesentwurfes, der die Zustimmung zum Vertrag vorsieht, wird in namentlicher Abstimmung mit 189 gegen 37 Stimmen der Kommunisten und einiger Volksparteiler bei 74 Enthaltungen der Sozialdemokraten angenommen. Annahme findet auch, und zwar gleichfalls in namentlicher Abstimmung, mit 173 gegen 41 Stimmen bei 73 Enthaltungen der Artikel II, der den Zeitpunkt des Inkrafttretens des Kirchenvertrages regelt.

Der Gesetzentwurf wird hierauf in zweiter Lesung angenommen. Es folgt

die zweite Lesung des Warrdefordungsgesetzes.

Abg. Dr. Ausländer (Komm.) lehnt jede staatliche Intervention an die Kirchen ab.

Ohne weitere Aussprache wird das Gesetz gegen die Stimmen der Kommunisten in zweiter Lesung angenommen.

Darauf vertagte sich das Haus auf Donnerstag.

Der Landtag berät die Notverordnung.

Der Preussische Landtag wird Donnerstag mittag eine politische Debatte über die Notverordnung des Kabinetts beenden. Dieser etwas seltsame Vorgang hat seine Ursache in dem Mißtrauensantrag, den die Kommunisten gegen das Preussenkabinett wegen der Unterdrückung der Brüningspolitik eingebracht haben. Während also der Reichstag in den Ferien ist, und vorwiegend auch nicht vor dem Oktober zusammenzutreten wird, will das Preussenparlament über Dinge debattieren, die gar nicht zu seiner Zuständigkeit gehören. Die Abstimmung über den kommunistischen Mißtrauensantrag wird am Sonnabend stattfinden.

Grenzland-Chronik.

Betrügerischer Leiter einer Wohnbaugemeinschaft.

2500 kleine Sparen schwer geschädigt. Die Polizei hat gegen leitende Funktionäre der „Gemeinnützigen“ Wohnbau- und Wirtschaftsgemeinschaft Roland G.m.b.H. in Eger Anzeige wegen unlauterer Manipulation zum Schaden der Genossenschaftsmitglieder erstattet. Das Vorstandsmittglied Steinweg und die Kassiererin Mühlhanser wurden verhaftet. Der Direktor Wilhelm Stommel ist flüchtig, nachdem er einen Betrag von 300 000 Kronen aus dem Regie-Konto beim Prager Postfachamt an sich gebracht hatte. Die Anzeige wegen Beihilfe wurde gegen den Redakteur der Zeitschrift „Roland“, Otto Lang, und dessen Frau Olga Lang erstattet. Die Genossenschaft zählte 2500 Mitglieder, in der überwiegenden Mehrheit unbemittelte kleine Leute, die durch die großzügige Beklamme angezogen, auf Grund von Sparanlagen verzinsliche Bausparen zu erlangen hofften.

Altendorf. Einbrecher festgenommen. Hier wurden von einem Polizeibeamten zwei verdächtige Männer angehalten, die gefüllte Kuckfäden bei sich trugen. Es stellte sich heraus, daß beide in der vergangenen Nacht in Altendorf eingebrochen hatten.

St. Bäroltrains und die Bienen.

15 Völker sollen verbrannt werden. Seit 12 Tagen stehen in der Güterhalle des Bodbacher Bahnhofes 15 Bienenvölker, die aus Krain stammen und für Schweden bestimmt sind. Die Bienen können aber nicht weiterbefördert werden, weil in den Begleitpapieren irgend etwas nicht in Ordnung ist. Aus diesem Grunde verweigerte die reichsdeutsche Zollbehörde

den Transport durch Deutschland. Also stehen die 15 Bienenvölker auf dem Bahnhofs, erhalten keine Nahrung, verhungern und sterben massenhaft.

Der Unsinngigkeit soll aber, wie verlautet, noch dadurch die Krone aufgesetzt werden, daß man die Bienen, wenn die Begleitpapiere nicht in Ordnung kommen, vernichten, d. h. verbrennen lassen will. An die nabeliegende Möglichkeit, die Bienen an ihren Bestimmungsort zu befördern und die Formalitäten nachträglich zu regeln oder aber sie inzwischen einem Zimter in Verwahrung zu übergeben, der sich ihrer annimmt, scheint niemand zu denken.

Die Bekämpfung der Bisamratten.

Reichsbesprechung in Glauchau. Auf Betreiben des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft fand in Glauchau eine Besprechung über den Stand der Bisamrattenbekämpfung statt, an der neben dem Vertreter des Reichsministeriums Abgeordnete der preussischen, der sächsischen, der thüringischen und der bayerischen Landesregierung erschienen waren. Mit dieser Besprechung wollte sich das Reichsministerium einmal über die bislang erzielten Erfolge bei der Bekämpfung der Bisamratten in den betroffenen mitteldeutschen Gebieten orientieren. Zusammenfassend ist über die Besprechung zu sagen, daß sie bedeutende Erfolge in der Bekämpfung der Bisamratten erkennen ließ. In dem gesamten betroffenen mitteldeutschen Gebiet ist infolge der planmäßig durchgeführten Regierungsmaßnahmen ein ganz erhebliches Zurückdrängen dieser Plage zu beobachten. Aber weitere und vor allem noch verbesserte Maßnahmen zur Bekämpfung der Bisamrattenplage wurde noch eingehend debattiert.

Börse • Handel • Wirtschaft

Amtliche sächsische Notierungen vom 10. Juni. Dresden. Die Börse verkehrte in schwacher Haltung. Unter besonderem Druck litten Dittersdoerfer Ritz, die 13,75 Prozent verloren, auch Münchener verloren 2 Prozent, ebenso Reichs-

bant 5, Sächsische Bodenkredit 3,25, Bräubant 2,25, Gebr. Unger 10, Schubert u. Salzer 4, Klausener Lagerfelder 10, Grünerbräu 5 und Rabenberger sowie Dortmundener je 2,25, Dr. Kurz 6, Strohhoff 2,25 Prozent, während Holzstoff 2 Prozent fester lagen. Beachtliche Verluste hatten ferner Rosenhals 5, Stadit 4, Erdmeyer und Deutsche Ton je 2, Poliphon 5,75 Prozent, fester lagen je 2 Prozent Rucheweh und Hörmann. Die wenigen Steigerungen fielen nicht ins Gewicht. Anlagewerte verkehrten weiter schwach.

Leipzig. Die Börse hatte im Einklang mit Berlin eine recht schwache Haltung. Besondere Verluste erlitten Poliphon 9, Reichsbant 5, Riedel 4,5 und Nordwolle sowie Schubert und Salzer je 4 Prozent. Im Freiverkehr konnten Nordwolle 2,25 Prozent wieder gewinnen.

Chemnitzer Produktenbörse. Weizen Intl. 280-286, Roggen sächsisch 215-220, Sandroggen 21-226, Hafer 200-210, Weizenmehl 70 Prozent 46,50, Roggenmehl 60 Prozent 34,50, Weizenkleie 13,50, Roggenkleie 13,50, Biefenheu neu lose 7,50, Gerstebrot drabiggepreßt 3,50. Geschäftsgang: Weizen und Weizenmehl still, Roggen und Roggenmehl behauptet, das übrige ruhig.

Dresdner Schlachtviehmarkt vom 11. Juni

Zufuhr: 4 Kühe, 770 Kälber, 78 Schafe, 726 Schweine. Preise: Kinder, Schafe belanglos. Kälber: a) —; b) 55-61, 94; c) 45-53, 80; d) 40-44, 77. Schweine: a) 45-46, 57; b) 45-46, 59; c) 46-47, 62; d) 43-45, 61. — Ueberstand: 34 Kälber, 14 Schafe, 51 Schweine. Geschäftsgang: Alles schlecht.

Amtliche Berliner Notierungen vom 10. Juni.

Vorabendbericht. Tendenz: Abgeschwächt. Umfangreiche Verkaufsaufträge auf allen Gebieten führten zu neuen starken Kursrückgängen. Die Börse wurde in starkem Maße durch die Stellungnahme Brändts zur Reparationsfrage verstimmt. Die Allgemeinmeinung hand ferner unter dem Druck der unübersichtlichen weltpolitischen Lage sowie der innenpolitischen Beschränkungen, die sich anlässlich des Streites um die Notverordnung ergeben. Am Geldmarkt trat eine leichte Entspannung ein. Tagesgeld erforderte 4,75 bis 6,75 Prozent. Im Verlauf war die Haltung weiter nervös. Die Anfangsläufe konnten sich nicht behaupten.

Devisenbörse. Dollar 4,20-4,21; engl. Pfund 20,47 bis 20,51; holl. Gulden 169,31-169,55; Danz. 81,82-81,98; franz. Frank 16,47-16,51; schwed. 81,68-81,84; Belg. 58,62-58,77; Italien 22,04-22,08; schwed. Krone 112,80-113,02; dän. 112,71 bis 112,93; normw. 112,71-112,93; tschech. 12,47-12,49; österr. Schilling 59,17-59,29; poln. Zloty (nichtamtlich) 47,15-47,35; Argentinien 1,290-1,294; Spanen 41,61-41,69.

Produktenbörse. Bei schleppendem Geschäft setzten sich die Preisrückgänge am Produktenmarkt fort. Weizen war auch zu zwei bis drei Mark niedrigeren Preisen schwer unterzubringen. Für Weizen neuer Ernte zeigte sich vermehrte Abgabeneigung. Roggen neuer Ernte wurde wenig umgesetzt. Am Weizenmarkt setzte Weizen bis 2,50 Mark niedriger ein, während Roggen nur leicht abgeschwächt war. Das Weizenmehlgeschäft stagnierte, Roggenmehl wurde zu unveränderten Preisen für den laufenden Bedarf gekauft. Bei Hafer traten Preisrückgänge um etwa zwei Mark ein. Das Geschäft in neuer Wintergerste ist irregulär.

Getreide und Olsaaten per 1000 Kilogramm, sonst per 100 Kilogramm in Reichsmark.

	10. 6.	9. 6.	10. 6.	9. 6.
Weiz. m.ä. pommersch.	271-273	273-275	Weiz. l. Bin.	14,5-14,7
Rog. m.ä. pommersch.	195-197	196-198	Rog. l. Bin.	13,4-13,6
Bräugerste	—	—	Raps	—
Rüben	210-220	210-220	Leinöl	—
Sommergerst.	—	—	Öl-Erbfen	26,0-31,0
Wintergerste	—	—	fl. Spelkeerbl.	—
Hafer m.ä. pommersch.	180-185	183-188	Rüben	19,0-21,1
westpreuß.	—	—	Wintererbsen	19,0-21,1
Weizenmehl p. 100 kg fr.	—	—	Getreidemehl	26,0-30,0
Öl. dr. infl.	—	—	Uderbohnen	19,0-21,1
Sad. (steif)	—	—	Waden	24,0-26,0
Bl. u. Rot.	32,5-37,7	32,7-38,0	Lupine, blaue	16,0-17,5
Roggenmehl p. 100 kg fr.	—	—	Lupine, gelbe	22,0-27,0
Berlin br. infl. Sad.	26,8-28,1	26,8-28,1	Serabelle	—
			Kastanien	9,7-10,1
			Leinöl	18,7-19,9
			Trodenschl.	8,0-8,10
			Sono-Schro.	12,1-13,2
			Torfm. 80/70	—
			Retroffeld	—

Die heutige Nummer umfaßt 8 Seiten

Verlag und Druck: Buchdruckerei Arthur S. Bunte, Verlagsleitung: Paul Kumberg, Verantwortlich für die Schriftleitung: Hermann Löffig, für Anzeigen und Reklamen: A. Kömer, sämtlich in Wilsdruff.

Beerdigungen Feuerbestattungen Ueberführungen auch mittels Kraftwagen

Dresdner Beerdigungs-Anstalten übernehmen in jeder gewünschten Ausführung, auch nach dem Dresdener Krematorium usw.

Pietät u. Heimkehr

Am See 26, Fernr. 20157, 20158, 28549 Bautzener Str. 37 Fernr. 52096 **Nacht-Fernruf 20157**

Sonntags geöffnet von vormittags 8 bis nachmittags 6 Uhr. Großes Sarg- und Urnenlager. Auskünfte und Kostenanschläge unentgeltlich.

Scheuen Sie sich nicht, einige Mark mehr anzulegen

Für 70 Mk. erhalten Sie schon das gute Edelweiß-Herrnrad Nr. 11 A mit Torpedo und prima Bereifung (Dunlop oder Continental) u. Frankozusendung. Der zum Edelweißrad verwendete Rahmen ist aus erstklassigem Rohmaterial und von erstklassiger Festigkeit. An allen Verbindungsstellen ist er reichlich verstärkt und Belastungsproben von 28 Zentnern haben am Rahmen nicht das Geringste zu ändern vermocht. Alles Weitere ist in unserem Katalog 130 zu lesen, welchen wir Ihnen gern gratis und franko zusenden. Fahrräder, Nähmaschinen und Gummirollen mit unserer über 30 Jahre gesetzlich geschützten Marke Edelweiß sind in Fahrradhandlungen nicht erhältlich, sondern nur von uns oder unseren Vertretern. Bisher über 1/2 Million Edelweißfahrräder geliefert. Das konnten wir wohl nimmermehr, wenn Edelweißrad nicht gut und billig wäre.

Edelweiß-Decker, Deutsch-Wartenberg 70 X

Fahrradbau-Leistungsfähigkeit pro Woche 1000 Edelweiß-Räder

Die Zeitschrift für das deutsche Haus

Der Türmer Deutsche Monatshefte

Reicher, gediegener Inhalt Beiträge erster Mitarbeiter Prachtvolle Bilder Farbige Kunstblätter Die billigste der vornehmsten illustrierten Monatshefte

Jedes Heft über 100 Seiten Preis nur 1,50 Bezug durch Buchhandlung und Verlag Berlin S.W. 19.

Nachdem Beethoven verstorben ist, Der Vermittler geistigen Lebens!

Jeden Sonntag ins Böhmisches Mittelgebirge nach Salesel!

Eine wunderschöne Eintagsreise von Dresden aus 100 km die Elbe hinauf für 10,60 RMk.

einchl. Bahnfahrt, Dampferfahrt durch das herrliche Elbtal, mit Mittagsgedeck, Kaffeegedeck usw. Bezahlung von der Zentrale für Gesellschaftsreisen, Dresden.

Teilnehmerkarten [sow. Reiseanweisung] durch d. „Wilsdruffer Tageblatt“

Die Böhmen—Fahnen finden auch an einigen **Wochentagen**

der Monate Juni, Juli, August und September statt. Die Reisetage sind in unserer Geschäftsstelle zu erfahren

Ein möbliertes, freundliches **Zimmer** an Dame oder Herrn zu vermieten. Offerten unter 1815 an die Geschäftsst. d. Blattes.

Zur Erdbeerzeit täglich frische eisgetriebene **Schlaglahne** empfiehlt **Molkerei Wilsdruff.** In 3 Tagen **Nichtraucher** Ausf. kostenlos! Santos Depot, Halle a. S. 229 R

Inferieren bringt Gewinn!

Die mecklenburgischen Prinzessinnen legen Berufung ein.

Der Aufwertungsstreit geht weiter.

In dem Aufwertungsstreit der Erbinnen der früheren Großherzogin von Mecklenburg-Strelitz haben die Klägerinnen gegen das am 3. Juni d. J. ergangene Urteil Berufung beim Oberlandesgericht Rostock eingelegt. Die Großherzogin-Witwe und ihre Töchter hatten vor längerer Zeit vom Lande Mecklenburg-Strelitz eine Abfindungssumme erhalten. Später forderten sie eine Aufwertung der Abfindungssumme, die ihnen von einem Schiedsgericht auch zuerkannt wurde. Der Schiedspruch wurde jedoch durch ein Gerichtsurteil wieder aufgehoben.

Entschliessungen des Deutschen Offizierbundes.

Die Bundestagung des Deutschen Offizierbundes in Berlin nahm zu aktuellen politischen Tagesfragen Stellung. In einer Entschliessung begrüßt die Tagung in treuer Kameradschaft den Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten, dessen machtvolle und erhebende Rundgebung an der Grenze des östlichen Erdkreises der Welt gezeigt hat, daß noch deutsche Herzen schlagen, die den unwürdigen außenpolitischen Druck des Schandvertrages von Versailles und die durch ihn geschiedenen Tributjähren auf die Dauer nicht zu erdulden gewillt sind. Mit dem Stahlhelm ist der Deutsche Offizierbund der gleichen Auffassung, daß hierzu zunächst im eigenen deutschen Hause mit allen den Elementen aufgeräumt werden muß, deren unwürdige und zersetzende Wesen den deutschen Körper vergiften und den verheerenden Einflüssen des internationalen Militarismus und Vozitismus freie Bahn schaffen.

Eine weitere Entschliessung macht es den Mitgliedern des Deutschen Offizierbundes zur Pflicht, durch Wort und Schrift gegen die Gottlosenpropaganda zu kämpfen.

Eine dritte Entschliessung fordert die Mitglieder zum Kampf gegen die Kriegsschuldfrage.

auf. — In der nächsten Entschliessung legt der Deutsche Offizierbund Verwahrung gegen die neuerliche Belastung ein, von welcher besonders der Verlorenkreis hart betroffen wird, der bereits die größtmöglichen Opfer für das Vaterland gebracht hat. Er fordert die Reichsregierung auf, die Sanierung der Reichsfinanzen durch eine anderweitige Regelung ihrer Auslandsverpflichtungen herbeizuführen.

In der letzten Entschliessung wird die Reichsregierung aufgefordert, umgehend alle Maßnahmen zu ergreifen, die geeignet sind, das deutsche Volk über die

Gefahren eines modernen Luftkrieges

aufzuklären und die Organisation eines passiven Luftschutzes zu veranlassen, wie sie bei sämtlichen anderen europäischen Staaten besteht, um die Auswirkungen von möglichen Luftangriffen abzumildern und den Schutz der Bevölkerung vorzubereiten.

Bildung eines Stahlheimwirtschaftsrates.

Wirtschafts- und sozialpolitische Tagung des Stahlhelms. Der Stahlhelm veranstaltete in Berlin eine wirtschafts- und sozialpolitische Tagung, zu der zahlreiche führende Wirtschaftler aus allen Teilen des Reiches erschienen waren. Zweck der Tagung war die

Bildung eines Wirtschaftsrates des Stahlhelms.

Bundestagler Major a. D. Wagner hielt einen einleitenden Vortrag, in dem er begründete, warum für den Stahlhelm die sachkundige Umgestaltung durch führende Wirtschaftler bei der Durchführung seiner wirtschaftspolitischen Zielsetzung erforderlich sei. Die immer schärfer abwärts führende Kurve der Wirtschaft mache folgende Maßnahmen notwendig: Räumung der Reparationen, echte Arbeitsdienstpflicht, Stärkung des inneren Marktes, Abbau der Staatswirtschaft, Bildung des Ständestaates und Ermöglichung der Vermögensbildung. Anschließend beleuchtete Dr. Everling die berechtigten

Forderungen der Wirtschaft an den Staat.

Die Grundzüge der organischen Staats- und Wirtschaftslehre stimmen mit den Grundzügen des Stahlhelms überein, und deshalb habe der Stahlhelm berufenemassen die geistige Führung auf diesem Gebiete übernommen. Als dritter Redner sprach Generaldirektor Dr. Lübbert über die nationale Wirtschaft. Er gina u. a. auf die Frage der Arbeitslosigkeit ein, die höchstens

Die große Liebe.

Roman von Guntt Lewald.

18) (Nachdruck verboten.)

Die Gräfin legte sich zurück. Sie vergaß ein wenig den Partner. Sie sprach mehr vor sich hin, als dachte sie laut: „Das genügt ja nicht, daß man sie mit dem dicken Leeben zusammensticht oder sonst einem Kammerjunker, der Grund und Boden hat und Geld in die Holgersburg und die Deiche stecken kann, wenn die verwünschten Dänen den Prozeß gewinnen! Karen muß es anders haben. Sie muß haben, was sie will. Sonst geht sie zugrunde.“

„Liebe Freundin, solch ein Prinzip mag man aufstellen in der Theorie. Die Praxis des Lebens richtet sich gewöhnlich nicht nach dem Wunsch.“

„Bei uns Holgers war es so. Ging es uns gut und hatten wir unseren Willen, dann waren wir auch gut und glücklich gegen andere. Aber Unglück vertragen wir nicht, dann werden wir starr und kalt und grausam, wenn es die Dinge mit sich bringen.“

Sie ballte die schöne, fettig kleine, beringte Hand. „Das klingt so“, sagte der Herzog mit leisem Lächeln, „als wären die Lehren der Christenheit nicht zu den Holgers gedrungen. Soviel ich weiß, ist Karen sehr kirchlich und wohlthätig gegen Arme und Kinder. Meine Schwester, die Herzogin, hat es oft gerühmt.“

„Weil Karen bis vor kurzem glücklich war und nichts ihr mißriet.“

Sie legte die Hände über die Augen.

„Ich sorge mich so um Karen!“

Der Wagen des Herzogs wurde gemeldet.

Die Gräfin geleitete ihn durch die Halle zur offenen Pforte, die im Hockellicht weit und hell das Stück dunkler Nacht umrahmte, in dem der prunkvolle Wagen mit den bunten Ausschmückungen hielt.

Die Gäste waren in der Halle versammelt.

Der Herzog sah sie, wie die Finger der alten Gräfin zitterten. Er lächelte sie galant und beinahe gerührt, besetzt von einem dunklen Vorgefühl.

Sie winkte ihm mit der von Steinen blinkenden Hand und ihre Lippen lächelten unwahrscheinlich und tot. Dann, als der Wagen fort war, sank sie ermattet in den nächsten Stuhl. Mit einemmal wurde die alte Frau müde — fünfundsiebzigjährig, gebrechlich!

zu einem Stertel auf die internationale Depression, im übrigen aber auf eine

Umschichtung im Bevölkerungsalter

und eine verfehlte Wirtschaftspolitik zurückzuführen sei. Die Vorschläge der Brauns-Kommission zur Hebung der Arbeitslosigkeit seien vollkommen verfehlt. Die einzige Lösung wäre die Schaffung einer echten Arbeitsdienstpflicht.

Im Anschluß an die Vorträge fand eine eingehende Aussprache statt, die völlige Übereinstimmung in der Beurteilung der behandelten Fragen zeigt. Die Bildung des Stahlheimwirtschaftsrates fand allgemeine Zustimmung.

Politische Rundschau

Deutsches Reich

Gegen Benutzung ausländischer Kraftfahrzeuge.

Das Heeresverordnungsblatt bringt eine Verordnung des Reichswehrministers, die sich mit der Benutzung ausländischer Kraftfahrzeuge durch Reichswehrangehörige beschäftigt. In der Verordnung wird darauf hingewiesen, daß einzelne Reichswehrangehörige Kraftfahrzeuge ausländischer Firmen benutzen, was bereits wiederholt Aufsehen in der Öffentlichkeit erregt und Anlaß zu unliebsamen Erörterungen gegeben habe. Der Minister kann aber nicht zulassen, daß derartige Kraftfahrzeuge auch im Dienst Verwendung finden und verbietet für die Zukunft jegliche Benutzung ausländischer Kraftfahrzeuge für dienstliche Zwecke, ihre Unterstellung in Kasernen sowie ihre Ausbesserung durch die Truppe.

Keine finanziellen Schwierigkeiten in Braunschweig.

Nach Wittermeldungen wollte die braunschweigische Staatsbank der jetzigen Regierung keine Kredite mehr geben, weil diese nicht imstande sei, die Schulden des Vorjahres abzudecken. Infolgedessen habe die braunschweigische Regierung Verhandlungen mit einer großen deutschen Bank aufgenommen, aber auch diese hätten sich zerschlagen, als die katastrophale Lage des Landes bekannt geworden sei. Vom braunschweigischen Staatsministerium wird mitgeteilt, daß die Meldung keineswegs den Tatsachen entspricht. In Wirklichkeit habe die braunschweigische Regierung erst vor einigen Tagen von auswärtigen Geldgebern einen Kredit im Betrage vieler Millionen Mark erhalten. Selbstverständlich gewähre auch die braunschweigische Staatsbank der Regierung einen uneingeschränkten laufenden Kredit. Die Regierung werde ganz energisch gegen die Verbreitung solcher Falschmeldungen einschreiten.

Aus In- und Ausland

Schweinfurt. Gegen den Leiter der Schweinfurter Polizei wurde ein Disziplinarverfahren eröffnet, da er mit französischen Hlegern, die bei Schweinfurt notgelandet waren, einen Autoausflug unternommen hatte.

London. „Financial News“ zufolge hat Deutschland eine zweite Goldsendung nach London verschifft. Die Gesamthöhe der Überweisungen während der letzten Tage stellt sich auf rund 40 Millionen Mark. Das Blatt bemerkt dazu, daß bei einer Verringerung der Währungsrate das Gold wieder zurückgezogen werden soll.

Schranken und Schränke.

Wir nennen die Österreicher liebevoll „Brudervolk“, und sie machen es mit uns ebenso. Und weil wir mit ihnen beinahe eine „Kollunion“ gehabt hätten, hätten wir uns beinahe mit dem ganzen Völkerverband überworfene. Und trotzdem! Und trotzdem wird folgende Geschichte

Zur Gesichts-Bräunung

aber auch zur Bräunung des ganzen Körpers bei Sonnenbädern verwende man die reinmilchweiße und süßliche Leberheiler-Creme. Tube 60 Pf. und 1 Mk. Wirksam unterstützt durch Leber-Extrakt 50 Pf. In haben in allen Apotheken-Vertriebsstellen.

Die Gäste gingen.

Karen sah feindselig zu Grifede auf, als er Abschied nahm.

Es ist gut, wenn sie mich haßt, dachte er. Es ist besser als ihre Liebe.

Sein Wagen jagte über den schwankenden Moorboden. Am Reiterholz hin sah er wie ferne Laternen die Lichter der Karossen, die den langen Weg zur Residenz zurückrollten.

Das Fest war verrauscht — das letzte Fest in der alten Holgersburg.

Die üppige Festtafel am Jagdabend in der Holgersburg blieb allen, die mitgetastet hatten, dauernd im Gedächtnis.

Es war die letzte gewesen für immer. Denn am nächsten Morgen, im frühen Oboberfrühlicht, hatte man die alte Gräfin tot auf ihrem Lager gefunden — ein Tod, wie er vielleicht ganz in der Linie ihrer Wünsche lag: ihr Bild in vorgeräucherter Jugendglanz zu hinterlassen in den Augen all derer, auf die es ihr ankam.

Sie hatte bestimmt, daß bei der Trauerfeier in der Halle des Schlosses ihr Jugendbildnis zu Häupten des Sarges stehen solle, daß sie nach Seeland in die Holgersische Familiengruft übergeführt werden wolle, in der ihr Gatte und ihre Kinder befristet lagen.

Grifede sprach Karen Holger nicht mehr.

Als er zu ihr fuhr, um ihr seine Teilnahme auszusprechen, nahm sie ihn nicht an, da die Herzogin Friederike bei ihr war.

Er hatte das sehr wohl gewußt, hatte fern über die Chaussee den fürstlichen Wagen rollen sehen. Er fürchtete ein Alleinsein mit der Vereinsamten, fürchtete, daß eine solche Stunde anders enden könne, als er wollte, fürchtete für die Stärke seines Mitleids und den Hauber der jungen, trauernden Gestalt, die so hell und verführerisch durch die Träume seiner letzten Nacht gegangen war.

Er wollte nichts anderes sein als ein Fernstehender bei diesem Trauerfall, für den der ganze Hof an Ehrenbezeugungen das Äußerste tat. Sie hatte Rat und Hilfe genug. Sie stand in der Halle teilnehmender Besuche wie hinter einer Mauer.

Nach allem Nachbarbrauch halfen die Leute von Meerwarfen bei allen Vorbereitungen mit, um die Trauerfeier möglichst prächtig zu gestalten und den abscheidenden Herbst

erzählt und als wahrheitsgetreu verbürgt: Mit der kleinen elektrischen Bahn, die von Verchesgaden in Bayern nach Salzburg in Österreich fährt, läuft eine Art Speisewagen mit. In diesem bescheidenen Speisewagen ist ein bißchen kalte Küche, ein bißchen kaltes Getränk und ein bißchen Rauchzeug zu haben. Alle diese schönen Dinge liegen oder stehen in einem Schrank oder vielmehr in zwei Schränke, von denen der eine „Schrank A“, der andere „Schrank B“ heißt.

Dieses A und dieses B haben nichts mit dem Alphabet zu tun, sondern bedeuten ganz einfach Österreich (Austria) und Bayern. Will nun ein Fahrgast ein Schinkenbrötchen oder eine Flasche Bier haben, so bekommt er das, so lange sich die Bahn auf bayerischem Gebiete befindet, aus dem Schrank B geliefert, während hinter den Grenzschranken, auf österreichischem Boden, das Schinkenbrötchen und das Bier aus dem Schrank Austria, dem Schrank A, genommen werden. Das österreichische Schinkenbrötchen unterscheidet sich natürlich von dem bayerischen nicht im geringsten — es ist genau so fett oder so mager wie dieses. Aber bei uns herrscht eben Ordnung und in Österreich, wie es scheint, auch, und so müssen wir denn trotz der geplanten Kollunion den Schrank A und den Schrank B haben — unbedingt! Österreich und Bayern fordern eben zwischen Verchesgaden und Salzburg ihr Jahrhundert in die Schränke — Arm in Arm, versteht sich!

Neues aus aller Welt

„Dr. Geheimnis“ zum Tode verurteilt. Der Zahnarzt Dr. Vaget in Montpellier (Frankreich), im Volksmunde „Dr. Geheimnis“ genannt, wurde zum Tode verurteilt, weil er seine erste und seine zweite Frau vergiftet und an seiner Schwester einen Nordversuch begangen hat.

Ein englischer Postdampfer im Rebellengebiet. Der englische Postdampfer „Prinzeß Maud“ ist in dichtem Rebell in der Nähe von Larne (Nordirland) gestrandet. Der Dampfer hatte 200 Passagiere an Bord; alle sind gerettet worden.

Großfeuer in einer schwedischen Schuhfabrik. In der Schuhfabrik Alm in Götterburg brach Großfeuer aus, das in kurzer Zeit fast den ganzen Fabrikkomplex vernichtete. 20 000 Paar fertige Schuhe und ähnliche Posten halbfertiger Waren verbrannten. Zwei benachbarte Gebäude wurden durch Funkenflug angezündet. Angeblich ist der Brand, dessen Schadenhöhe sehr groß ist, durch Selbstentzündung entstanden.

Der Bau des Rügendammes gesichert. Wie amtlich mitgeteilt wird, ist der Bau des Rügendammes einschließlich der Autofahrstraße für den Gesamtbetrag von 31 Millionen Mark gesichert. Der Bau wird bereits in diesem Herbst in Angriff genommen werden.

Lebendig verbrannt. Bei einem Wohnungsbrande in Berlin kam eine Frau, der der Weg ins Freie durch die Flammen abgeschnitten war, hilflos um. Die unglückliche wurde in völlig verkohlem Zustand geborgen.

Selbstmord eines Mörders. Der Fuhrmann Franz Kramel in Friedland in Mecklenburg, der auf eine Anzeige seiner Frau hin wegen eines vor zehn Jahren begangenen Mordes — er hatte den Feldwächter Stätig erschossen — verhaftet worden war, hat im Gefängnis durch Erhängen Selbstmord verübt.

Der Kräfteverderber verhaftet. Der Zustrom, dem in der Nähe von Krövelin in Mecklenburg die 12jährige Schülerin Anna Möller zum Opfer fiel, ist festgenommen worden. Es handelt sich um den 18jährigen Fischerlehrling Heinz Freymann, der seine Lehrstelle in Garben verlassen hatte und seit dem 27. Mai in Mecklenburg planlos umherstreifte. Auf sein Konto entfallen auch mehrere Einbruchsdiebstähle und sonstige Untaten in der Brunsbüttener Gegend.

Ein Nationalsozialist Präsident des oldenburgischen Landtags. Oldenburg. Der am 17. Mai neugewählte oldenburgische Landtag wählte in seiner ersten Sitzung den nationalsozialistischen Kandidaten Eichler mit 54 von 48 abgegebenen Stimmen zum Präsidenten.

in Kränzen und Girlanden mit den letzten Ästern des Jahres in die hohe Halle zu tragen, um die Schloßpforte und den weiten Deichweg zum Meer.

Grifede aber fuhr in sein Stadthaus und lehrte erst am Morgen der Trauerfeier zurück.

Die Ankunft der dänischen Verwandten war abgewartet worden.

Das schwarz bewimpelte Schiff, das den Sarg in die große Hafenstadt bringen sollte, lag im feuchten Nebelgrau, unruhig von Wäuden umflattert, am kleinen Hafen des Holgerschen Außenbecks.

Die wortlosen Menschen waren von Trauer erfüllt. Die meisten hatten keine Zeit gekannt, in der die alte Gräfin nicht in der Holgersburg lag. Sie war nicht nur ihre Wohltäterin gewesen — sie war etwas anderes auch. Dunkel, ohne daß sie es ausdrücken konnten, erfüllte sie wie eine Ehre das Bewußtsein, daß das ärmste alte Weib im Dorfe, die Helferin am Ziel, und der ganze nachschleude Nachwuchs seit langem dem Herzen dieser alten Dame näher gestanden hatten als die ganze bunte, ihnen so fremdartige Welt der Residenz.

Sie wanden Lannengirlanden bei Tag und Nacht, banden Disteln und Strandgrün hinein und schmückten den Weg vom Schloß zum Hafenplatz.

Im engen Gedränge der Abschiedsfeier stand Grifede halb verborgen im Dunkel der Wand.

Er sah von Karen nur die hohen, schwarz umhüllten Linien. Bardenwies Stimme scholl mächtig durch den Raum. Des Herzogs Gesicht sah mit müde gesenkten Lidern alt und sorgenschwer aus; voll Haltung sah er da in jedem Augenblick dessen bewußt, was er bei so melancholischen Gelegenheiten zu repräsentieren hatte. Jemand, der immer seine Pflicht tat, wie die Stunde sie brachte, der stets auf dem Posten war, auf den er nun einmüde gestellt war.

Die Herzogin war nicht gekommen. Natürlich! Der Leibarzt konnte es auch nicht dulden für die hohe Frau. Welch ein Wetter! Regenböen gingen nieder und die großen Beckpfannen vor dem Schloßportal hatten schwere Mühe, sich zu behaupten. Der Hofstaat war vollzählig versammelt, wie eine bewegungslose Menge von blaffen Profilen und Trauerkleidern sahen sie da.

(Fortsetzung folgt.)

